

### **Bericht und Abänderungsantrag**

des Rechtsausschusses und des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Georg Rosner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 834) betreffend Preiserhöhung im Verkehrsverbund Ost-Region (Zahl 22 - 619) (Beilage 884).

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Georg Rosner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Preiserhöhung im Verkehrsverbund Ost-Region, in ihrer 16. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 23. Juni 2021, beraten.

Landtagsabgeordneter Georg Rosner wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach seinem Bericht stellte Landtagsabgeordneter Georg Rosner den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen EntschlieÙungsantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Am Ende der Wortmeldung des Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl stellte dieser einen Abänderungsantrag.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl gestellte Abänderungsantrag mit den Stimmen der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP mehrheitlich angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Georg Rosner, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Preiserhöhung im Verkehrsverbund Ost-Region, unter Einbezug der vom Landtagsabgeordneten Wolfgang Sodl beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 23. Juni 2021

Der Berichterstatter:

Georg Rosner eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses  
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:  
Mag. Christian Dax eh.

*Frau  
Präsidentin des Burgenländischen Landtages  
Verena Dunst  
Landhaus  
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 23. Juni 2021

### **Abänderungsantrag**

**der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Wolfgang Sodl, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag, 22 – 619, welcher abgeändert wird wie folgt:**

Der Landtag wolle beschließen:

## **Entschließung**

### **des Burgenländischen Landtages vom .... betreffend Preiserhöhung im Verkehrsverbund Ost-Region**

Gerade während der aktuellen Gesundheitskrise ist auf die öffentlichen Verkehrsmittel im Burgenland Verlass. Der öffentliche Verkehr wird aktuell im hohen Maße von der öffentlichen Hand finanziert – der finanzielle Beitrag der Fahrgäste deckt die anfallenden Kosten zu rund einem Drittel, der Rest wird bereits heute von der öffentlichen Hand (Bund, Länder) beigesteuert.

Auch bei krisenbedingt geringerer Nachfrage gibt es immer Fahrgäste, welche auf die Leistungen von VOR und seiner Kooperationspartner im täglichen Leben angewiesen sind. Um die laufenden Kosten weiterhin abdecken und den notwendigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs vorantreiben zu können, ist eine Anpassung der Ticketpreise im Rahmen der allgemeinen Teuerung, also im Ausmaß des Verbraucherpreisindex (VPI) notwendig. Eine solche Anpassung an den VPI ist in den Verträgen des VOR mit seinen Partnern, wie ÖBB, Wiener Linien, Raaber Bahn, Wiener Lokalbahnen, vorgesehen und wird gemäß einem Automatismus im Juli/August schlagend.

Nichtsdestotrotz ist für die rund 30.000 MitarbeiterInnen im Öffentlichen Verkehr in der Ostregion die Stabilität der Arbeitgeber wichtig. Diese Menschen sind ebenfalls von der Corona-Krise in vielerlei Hinsicht betroffen. Umso notwendiger ist es, dass auch hier die wirtschaftliche Basis der Verkehrsbetriebe weiterhin sichergestellt werden kann.

Der Landtag hat beschlossen:

Der burgenländische Landtag bekennt sich zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs und zu einer stabilen finanziellen Basis der Verkehrsbetriebe im Burgenland.